

## Der Prager TV-Streik und die Auseinandersetzung um das öffentlich-rechtliche Fernsehen in der Tschechischen Republik

Der Großteil der Öffentlichkeit der Tschechischen Republik neigt traditionell eher zur Distanz von der Politik und oft zu einer zynischen Betrachtung von politischen Auseinandersetzungen. Ein starkes persönliches Engagement der BürgerInnen ist in der Tschechischen Republik zur Zeit keineswegs typisch. Die Konflikte rund um das öffentlich-rechtliche Tschechische Fernsehen im Dezember 2000 stellen in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar: Heftige Meinungsverschiedenheiten spalteten Familien und Freundeskreise, öffentliche Plätze füllten sich über Wochen mit DemonstrantInnen unterschiedlichsten Alters und unterschiedlichster gesellschaftlicher Stellung. Weite Teile der Bevölkerung – auch solche, die bislang an öffentlichen Diskussionen wenig Interesse zeigten und die als unpolitisch galten – ergriffen Partei.

### Der Konflikt um das öffentlich-rechtliche Fernsehen

Im System der tschechischen Sendemedien hatte sich nach dem Jahr 1989 das duale Prinzip durchgesetzt, d. h. die parallele Existenz von »öffentlich-rechtlichen Medien«, die vom Gesetz zum Dienst an der Öffentlichkeit bestimmt sind, und privaten kommerziellen Medien, die aufgrund von erteilten Lizenzen arbeiten. Die Medien mit öffentlichem Auftrag wurden vorwiegend durch Fernsehgebühren finanziert, eine wichtige, wenn auch nur ergänzende Einnahmequelle der Medien mit öffentlichem Auftrag sind Werbeeinnahmen, die gesetzlich eingeschränkt sind. Nach der Teilung der Tschechoslowakei im Jahre 1992/93 wurden diese Verhältnisse auch in die neu entstandene Tschechische Republik übernommen. Die öffentlich-rechtlichen Medien sind dort der Tschechische Rundfunk und das Tschechische Fernsehen, die in beiden Fällen aus den staatlichen Medien (Tschechoslowakischer Rundfunk und Tschechoslowakisches Fernsehen) entstanden sind.

Die rechtliche Verankerung der Medien mit öffentlichem Auftrag gab diesen Institutionen ab Anfang der neunziger Jahre ein hohes Maß an formaler Freiheit, obwohl das politische und gesellschaftliche Klima in der ersten Hälfte der neunziger

Jahre nicht sehr viel für das duale Prinzip übrig hatte. Die liberal orientierte politische Repräsentanz betonte den Glauben an den Automatismus des unregulierten Marktes und gab ganz offenkundig privaten Medien den Vorzug. Sie distanzierte sich deshalb vom dualen System, lehnte es aber ab, Prinzipien einer eigenen Medienpolitik zu formulieren. Im Bereich des Fernsehens entwickelte sich vor diesem Hintergrund ein rasch aufstrebender privater Sektor, der öffentliche Bereich wurde zunehmend von diesem privaten kommerziellen Fernsehen beherrscht. *TV Nova* wurde mit Unterstützung ausländischen Kapitals gegründet und strahlt seit Februar 1994 aus.<sup>1</sup>

Die Unterschätzung der Funktion der Medien mit öffentlichem Auftrag für die Gesellschaft spiegelte sich auch in der halbherzigen Umwandlung des Tschechischen Fernsehens von einer staatlichen Institution zu einem Medium mit öffentlichem Auftrag wider. Das seinerzeitige Tschechoslowakische Fernsehen war zweifellos eine der Schlüsselinstitutionen des staatlichen ideologischen Apparats und gehörte zu den von der Elite eingesetzten Instrumenten zur ideologischen Einwirkung auf die Bewohner der damaligen ČSSR. Das staatliche Fernsehen war eine wichtige Quelle der Unterhaltung, eine Richtlinie für die öffentliche Meinung und weckte den Anschein eines öffentlichen Diskurses.

Nach dem Jahr 1989 kam es zwar zu einer Veränderung der Sendeinhalte und zu einem Abbau des überdimensionierten Mitarbeiterstandes, aber eine vollständige Restrukturierung, die auf einer öffentlichen Diskussion über die Aufgabe eines Fernsehens mit öffentlichem Auftrag basiert hätte, blieb aus. Das Tschechische Fernsehen blieb eine unflexible, mit dem Blick auf sich selbst gerichtete Institution, unfähig, Änderungen, die sein Publikum durchlaufen hatte, zu reflektieren, und nicht bereit, konzeptionelle Entscheidungen zu treffen und politischem Druck konsequent entgegenzuwirken. Der auffällige Erfolg der kommerziellen, mit einer Lizenz ausgestatteten Fernsehstation und ihre relativ autonome (stellenweise gar willkürliche) Verhaltensweise führten dazu, dass sich das Interesse der politischen Sphäre im Laufe der neunziger Jahre stark auf das Fernsehen mit öffentlichem Auftrag als einem Medium verschob, auf dessen Dienstbarkeit gepocht werden konnte, was auch legitim erschien – die (Re-)Präsentation der politischen Elite kann doch als ›Dienst an der Öffentlichkeit‹ par excellence verstanden werden.

Im Jahr 1998 bestätigte der Rat des Tschechischen Fernsehens den Generaldirektor des öffentlich-rechtlichen Fernsehens nicht in seiner Funktion und wählte für diesen Posten einen Kandidaten ohne Erfahrungen und offenbar auch ohne entsprechende Führungsqualitäten aus. Als dieser bisher jüngste Direktor des Tschechischen Fernsehens nach achtzehn Monaten zurücktrat, wählte der Rat des Tschechischen Fernsehens den nächsten Direktor, kurz darauf wurde der Rat selbst vom Abgeordnetenhaus abberufen.<sup>2</sup> Der neu ernannte Rat des Tschechischen Fernsehens nahm seine Tätigkeit im Frühling 2000 auf und beschloss im Dezember 2000, den Generaldirektor abzuberaufen und einen neuen zu wählen. Gerade diese Abberufung des Generaldirektors des Tschechischen Fernsehens im Dezember 2000 wurde zum

Anstoß für die Ereignisse, die später in der Publizistik als »Weihnachtskrise« bezeichnet wurden.

Die Art der Abberufung des Generaldirektors im Dezember rief zahlreiche Proteste seitens der verschiedensten Berufsvereinigungen, Organisationen und Interessensgruppen hervor. Dazu gehörten z. B. der Film- und Fernsehverband (FITES), die Tschechische Film- und Fernsehakademie (ČFTA), die Assoziation der Audivisionsproduzenten (APA), der Penclub, die Schriftstellervereinigung, weiters Vertreter der Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation des Tschechischen Fernsehens, einzelne bedeutende Persönlichkeiten aus Kultur und Politik, einschließlich vieler Angestellter des Tschechischen Fernsehens. Diese gründeten die Initiative »Tschechisches Fernsehen – eine öffentliche Sache«,<sup>3</sup> die sich auf den Schutz der Unabhängigkeit des Tschechischen Fernsehens konzentrierte.

Im Rahmen der Neuausschreibung der Funktion des Generaldirektors bewarben sich 33 Kandidaten, von denen die Leitung des Rates des Tschechischen Fernsehens in einem sehr verkürzten Verfahren Jiří Hodač auswählte, den ehemaligen Direktor der Nachrichtenabteilung des Tschechischen Fernsehens,<sup>4</sup> eine Person, die mit der zweitstärksten politischen Partei im Parlament, der ODS [Demokratische Bürgerpartei], verbunden war.<sup>5</sup> Die Beschäftigten des Tschechischen Fernsehens unterbrachen daraufhin die Hauptnachrichtensendung und gaben bekannt, den gewählten Generaldirektor nicht anzuerkennen, und verlangten die Abberufung des Rates des Tschechischen Fernsehens. Zu dieser Situation im Tschechischen Fernsehen nahmen in der Folge auch die Repräsentanten der politischen Elite öffentlich Stellung. Der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses und der ODS, Václav Klaus, meinte, es sei angebracht, die Privatisierung des Tschechischen Fernsehens in die Wege zu leiten.<sup>6</sup> Der neue Generaldirektor Jiří Hodač begann mit dem Aufbau seines Mitarbeiterstabes und einer neuen Nachrichtenredaktion.

Die Positionen polarisierten sich rasch: Auf der einen Seite betonte der Großteil der Vertreter der ODS und ein Teil der Repräsentanten der Regierungspartei ČSSD [Tschechische Sozialdemokratische Partei] die genaue Einhaltung des Gesetzes und interpretierte die Vorgehensweise des Rates des Tschechischen Fernsehens bei der Wahl des Generaldirektors als legal und die Handlungsweise der Angestellten des Tschechischen Fernsehens als rechtswidrig. Auf der anderen Seite wurde den Angestellten des Tschechischen Fernsehens die Unterstützung der kleineren Parlamentsparteien, der Berufsverbände und zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens zuteil. Diese interpretierten die Ereignisse rund um das Tschechische Fernsehen als Versuch einer politischen Gruppierung, die Herrschaft über das Tschechische Fernsehen zu erlangen, und somit als illegitime Vorgangsweise, die dem Sinn von Medien mit öffentlichem Auftrag zuwiderläuft.

Die protestierenden Angestellten des Tschechischen Fernsehens besetzten die Räumlichkeiten der Nachrichtenredaktion und verweigerten dem neuen, vom Generaldirektor gebildeten Team den Zutritt. Am 24.12. 2000 strahlte das Tschechische Fernsehen die Hauptnachrichtensendung in zwei Versionen aus: einerseits die

Nachrichten von der bestehenden Redaktion, die es ablehnte, den neu gewählten Generaldirektor zu akzeptieren, andererseits die Nachrichten von dessen Team, die von einem provisorischen Studio ausgestrahlt wurden. Am 25.12. 2000 machte der neue Generaldirektor die ›zweigleisige‹ Ausstrahlung der Nachrichtensendungen unmöglich, indem er für das ›eigene‹ Signal Ersatzmöglichkeiten suchte und die Live-Sendung durch die Ausstrahlung einer lapidaren Mitteilung bezüglich eines »unautorisierten Signals« ersetzte.

Der Streit fand in den Medien breiten Widerhall, beide Gruppen konnten Teile der Öffentlichkeit auf ihre Seite ziehen (die aufbegehrenden Mitarbeiter hatten zweifellos viel größere Sympathien in der breiten Öffentlichkeit), und einzelne Politiker brachten ihre Unterstützung für die Angestellten des Tschechischen Fernsehens auch dadurch zum Ausdruck, dass sie sich mit deren Zustimmung in den besetzten Räumlichkeiten der Nachrichtenredaktion aufhielten.<sup>5</sup> Vor dem Nachrichtengebäude in Prag versammelten sich in den späten Dezembertagen regelmäßig eine große Zahl von DemonstrantInnen, die die Ausstrahlung der »Aufständischen« auf einer großflächigen Projektionswand mitverfolgten und ihre Unterstützung zum Ausdruck brachten. Die Forderungen jener, die mit der Vorgangsweise des Rates des Tschechischen Fernsehens und mit der Wahl des neuen Generaldirektors nicht einverstanden waren, nahmen parallel dazu erst langsam konkretere Züge an: Die Aufhebung der Ausschreibung, die Abberufung des Rates des Tschechischen Fernsehens in der bestehenden Zusammensetzung und die Abänderung des Gesetzes über das Tschechische Fernsehen, damit künftig eine Wahl des Rates gemäß einer politischen Übereinkunft nicht mehr möglich ist.

Knapp vor Ende des Jahres 2000 spitzte sich der Protest zu, indem die Angestellten des Tschechischen Fernsehens mit Unterstützung der eigenen Gewerkschaft einen Streik ausriefen. Zur Unterstützung riefen sie Anfang Januar 2001 zu einer Demonstration auf dem Wenzelsplatz in Prag auf (parallel dazu fanden ähnliche Demonstrationen in anderen Städten der Tschechischen Republik statt). Die überwältigende Beteiligung an diesen Demonstrationen führte dazu, dass das Abgeordnetenhaus beschleunigt eine Abänderung des Gesetzes über das Tschechische Fernsehen (unter der Nummer 39/2001) verabschiedete, den Rat des Tschechischen Fernsehens abberief und gemäß den Übergangsbestimmungen des abgeänderten Gesetzes einen Interimsdirektor wählte. Im Laufe des Frühlings 2001 wurde dann der neue Fernsehrat ernannt. Der ordentliche Generaldirektor soll von diesem Rat im Herbst 2001 gewählt werden.

#### Die Folgen der »Weihnachtskrise«

Kurzfristig hat die »Weihnachtskrise« rund um das Tschechische Fernsehen zwei wesentliche Ergebnisse gebracht. Vor allem die schon erwähnte Abänderung des Gesetzes über das Tschechische Fernsehen Nr. 39/2001. Nach dieser Änderung

können Mitglieder des Rates des Tschechischen Fernsehens nicht mehr von Abgeordnetenklubs vorgeschlagen werden, sondern nur von »Organisationen und Vereinigungen, die kulturelle, regionale, soziale, gewerkschaftliche, Arbeitnehmer-, religiöse, Bildungs-, wissenschaftliche, ökologische und Nationalitätsinteressen repräsentieren«. Die Wahl der Mitglieder des Rates beließ das Abgeordnetenhaus jedoch in seinen Händen. Aber auch die Kompetenzen des Rates und die Hauptaufgaben des Tschechischen Fernsehens haben sich geändert. Das Abgeordnetenhaus hat nun mehr Freiraum für die Abberufung der einzelnen Ratsmitglieder, während der Rat mehr Pflichten gegenüber dem Abgeordnetenhaus und zugleich mehr Kompetenzen gegenüber dem Tschechischen Fernsehen hat.

Aus rechtlicher Sicht wurde das Tschechische Fernsehen ganz eindeutig verstärkt dem Abgeordnetenhaus unterstellt, das nun die Stellung des Tschechischen Fernsehens nicht mehr nur durch wirtschaftliche Instrumente beeinflusst (Festlegung der Höhe der Fernsehgebühr), sondern – mit seinem größeren Einfluss auf den Rat des Tschechischen Fernsehens – auch indirekt vermehrt Macht ausüben kann.

Auf der anderen Seite haben jedoch die Ereignisse rund um den Prager TV-Streik auch die Problematik der Stellung der Medien mit öffentlichem Auftrag in der Gesellschaft, die Beziehungen zwischen den Medien und der politischen Elite und mittelbar auch die Beziehung zwischen Öffentlichkeit und Machtelite zu einem Thema gemacht. Die bis dahin unterdrückte Diskussion über die Rolle und den Sinn der Existenz von Medien mit öffentlichem Auftrag hat klarere Konturen angenommen und gewisse langfristige Unzulänglichkeiten der tschechischen Gesellschaft zu Tage gefördert: eine verschwindende Diskussionsbereitschaft im allgemeinen und zugleich ein hohes Maß an Emotionalisierung jeglicher Diskussion, ein geringer Bildungsstand im Bereich der Möglichkeiten und Bedingungen von Medienpolitik, intuitive und oftmals unhaltbare Vorstellungen über die Rolle von Medien in der Gesellschaft sowie unzulänglich entwickelte Instrumente der tschechischen Gesellschaft für die Reflexion ihrer eigenen Entwicklung.

Der Konflikt stellte auf der Ebene der Machtpolitik die Kulminierung der Bemühungen der politischen Elite dar, ein möglichst hohes Maß an Kontrolle über das Tschechische Fernsehen zu erlangen. Die politische Sphäre hat sich nie mit dem Prinzip der Medien mit öffentlichem Auftrag als einem Phänomen identifiziert, das von der Definition her von den gewählten Machtstrukturen getrennt ist und unabhängig davon funktioniert. Im Gegenteil, das Tschechische Fernsehen wurde als potentielles Instrument für die politische Kommunikation verstanden, das »natürlich« dem Abgeordnetenhaus als Vertreter der Öffentlichkeit unterstellt war, und die Verabschiedung der Abänderung des Gesetzes Nr. 39/2001 scheint eine erfolgreiche Konsequenz dieser Sichtweise zu sein.

Auf der gesellschaftlichen Ebene stellten die Großdemonstrationen und der Streikaufruf die stärkste Ablehnung der politischen Kultur der Machtelite dar, die die Öffentlichkeit in den neunziger Jahren artikulierte. Man kann wohl davon ausgehen, dass die hohe Anzahl von DemonstrantInnen in den Zentren der Städte und

auch vor dem Nachrichtengebäude nicht so sehr durch die etwas unklar formulierte Vorstellung von der Rolle und der Stellung der Medien mit öffentlichem Auftrag motiviert war, sondern eher durch das Gefühl der Ohnmacht gegenüber der unerschütterlichen Arroganz der Macht. Die Ereignisse rund um das Tschechische Fernsehen waren daher nicht die ausschließliche Ursache für den so vehement zum Ausdruck gebrachten Protest der Bevölkerung, sondern mobilisierten auch latent vorhandene Stimmungen in einem Teil der Gesellschaft. Das Mobilisierungspotential des Fernsehens und der anderer Medien konnte sich auf einen Synergieeffekt des eigenen Wirkens und der latenten Unzufriedenheit in der Bevölkerung stützen. Die Geschehnisse rund um das Öffentlich Rechtliche Fernsehen waren nicht die Ursache für das öffentliche Auftreten der Massen, sondern eine Gelegenheit zu deren Konstituierung.

Auf der Ebene der Medien und der Kommunikation stellt der Konflikt eine Konsequenz der nicht zu Ende gebrachten Reform und Transformation des staatlichen Fernsehens zu einem Fernsehen mit öffentlichem Auftrag dar. Die gesamte Abfolge der Ereignisse von der Nichtbestätigung des (offenbar erfolgreichen) ersten Generaldirektors in der Funktion durch den Rat des Tschechischen Fernsehens im Jahr 1998 bis hin zur Ablehnung des neuen Generaldirektors durch die Angestellten des Tschechischen Fernsehens im Dezember 2000 zeugt davon, dass die Stellung des Tschechischen Fernsehens instabil ist, dass das innere und das äußere Gleichgewicht leicht zu stören sind und das Selbstbild der MitarbeiterInnen unkritisch egozentrisch und auf die Durchsetzung der eigenen Interessen ausgerichtet ist.

Über den sozialen und politischen Hintergrund der MitarbeiterInnen des Fernsehens mit öffentlichem Auftrag gibt es keine Studien. Aufgrund von Beobachtungen und Gesprächen mit den MitarbeiterInnen kann man jedoch die folgenden Regelmäßigkeiten feststellen: Die Redakteure, die auf dem Bildschirm auftreten, sind eher jünger (meist bis dreißig). Ihr politisches Profil kann nur schwer definiert werden, es scheint jedoch, dass sie meist zu politischen Parteien tendieren, die sich als rechtsgerichtet definieren. Unter den Redakteuren überwiegen Menschen, die untereinander persönliche Beziehungen haben (Loyalität und Animositäten gehören somit untrennbar zur »Unternehmenskultur«). Die MitarbeiterInnen des technischen Stabes und die Leiter des täglichen Dienstes sind meist ältere Profis. Ihr gemeinsamer Wesenszug ist eine eigenständige *corporate identity*, die auf dem Bewusstsein um die Einmaligkeit des Tschechischen Fernsehens als Fernsehen mit öffentlichem Auftrag gründet, weil es eben kein anderes Fernsehen mit öffentlichem Auftrag in der Tschechischen Republik gibt. Eine Folge dieser Tatsachen ist das Verhalten der Beschäftigten, das sich als egozentrisches Wissen um die eigene Einmaligkeit charakterisieren lässt sowie als Bewusstsein, dass man Träger eines außerordentlichen Wertes ist, der nicht in Zweifel gezogen werden (oftmals nicht einmal kritisiert werden) darf. Diese Haltung wird auch von der Architektur »untermauert«: Das Tschechische Fernsehen ist ein relativ geschlossener Gebäudekomplex, die Nachrichtenredaktion ist ein eigenständiges Gebäude. Dem Wissen um die elitäre Stel-

lung entsprechen auch gewisse Abwehrmechanismen, die diese Gruppe entwickelt hat, zum Beispiel die Bereitschaft, eine kritische Haltung zu ihrem Produkt als Bedrohung des Prinzips des öffentlichen Auftrags im allgemeinen zu interpretieren.

Auf allen drei erwähnten Ebenen zeigt sich eine fatale Unterschätzung der Bedeutung des öffentlichen Diskurses für die Etablierung einer produktiven gesellschaftlichen Konfliktkultur. Die so genannte »Weihnachtskrise«, der Fernseh-Streik und die spontanen Großdemonstrationen sind als Ausdruck von Ratlosigkeit und als Protest einer ›unreifen‹ Bürgergesellschaft zu interpretieren, deren politische Elite den öffentlichen Raum beherrschte und ihn mit Verhandlungsspielen füllte, die auf die mechanische Durchsetzung der Macht ausgerichtet war und sich zugleich das Recht auf Kontrolle und Beherrschung des Verlaufes öffentlicher Kommunikationsprozesse zueigen machte.

*Aus dem Tschechischen von Johanna Posset*

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> TV Nova wurde von der Gruppe CET 21 gegründet und zur Zeit von der Finanzgruppe GES – Holding beherrscht, im gegebenen Konflikt unterstützte NOVA logistisch eher die Führung rund um Hodač.
- <sup>2</sup> Die Umstände der Abberufung sind nicht ganz klar. Laut Gesetz über das Tschechische Fernsehen konnte der Rat abberufen werden, wenn das Abgeordnetenhaus zweimal innerhalb von sechs Monaten feststellte, dass das Tschechische Fernsehen nicht seinen vom Gesetz gegebenen Auftrag erfüllt hat. Das Abgeordnetenhaus stellte diese Tatsache schließlich zweimal innerhalb eines einzigen Tages fest und berief aufgrunddessen den Rat ab. Es ist aber zu bedenken, dass im Jahr 1998 vorzeitige Wahlen zum Abgeordnetenhaus des Parlaments der Tschechischen Republik stattfanden und der Rat des Tschechischen Fernsehens in seiner damaligen Zusammensetzung nicht dem Kräfteverhältnis im Abgeordnetenhaus entsprach.
- <sup>3</sup> Die Begründer der Initiative ließen sich dabei vom Namen einer Konferenz inspirieren, die im Herbst des gleichen Jahres vom abberufenen Generaldirektor veranstaltet wurde.
- <sup>4</sup> In dieser Funktion wirkte er im Sommer 2000; da sich zwischen ihm und seinen MitarbeiterInnen keine positive Kommunikation entwickelte, verließ er vorzeitig diese Funktion. Die genauen Ursachen für sein Ausscheiden lassen sich allerdings aus so geringer zeitlicher Distanz und ohne Zugang zu den relevanten Quellen nur schwer einschätzen.  
Es ist und war jedoch bekannt, dass Hodač in der Nachrichtenredaktion äußerst unpopulär war, sodass man davon ausgehen hätte können, dass seine Berufung Unwillen und Widerstand hervorrufen würde.
- <sup>5</sup> Vgl. Ciglerová Jana, ODS už není v boji za ČT jednotná [Die ODS ist im Kampf für das Tschechische Fernsehen nicht mehr eins]. in: Lidové noviny, 27.12.2000, 2. und Slonková Sabina u. Gallo Roman, Za televizní vzpouru jsou politika i peníze [Hinter dem Aufstand im Fernsehen stehen Politik und Geld]. in: Mladá fronta Dnes, 27.12.2000, 2.
- <sup>6</sup> Václav Klaus, Panický strach z privatizace, [Die panische Angst vor der Privatisierung], in: Mladá fronta Dnes, 10.1.2001, 8.
- <sup>5</sup> Die Anwesenheit von Politikern im Studio unterstützte die (partei)politische Interpretation des ganzen Geschehens. Insbesondere das Auftreten von Vertretern der rechtsgerichteten Gruppe

zung mit der Bezeichnung Čtyřkoalice [Viererkoalition], die drei Parlamentsparteien (Unie svobody [Freiheitsunion], KDU-ČSL [Christlich-Demokratische Union – Tschechische Volkspartei] und ODA [Demokratische Bürgerallianz], die nur im Senat des Parlaments der Tschechischen Republik einen Vertreter hat) und eine nicht im Parlament vertretene Partei (DEU [Demokratische Union]) vereinigt, unterstützte Spekulationen über die tatsächliche Unabhängigkeit der widerständischen MitarbeiterInnen.